



David Gregosz
Mitglied des Deutschen Bundestages

David Gregosz, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 04.12.2025

Bezug:

Anlagen:

David Gregosz, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 22771713

david.gregosz@bundestag.de

Wahlkreisbüro Heiligenstadt

Wilhelmstraße 20

37308 Heilbad Heiligenstadt

Telefon: +49 3606 606962

Fax: +49 3606 605668

david.gregosz.ma01@bundestag.de

Erklärung nach § 31, Abs. 1 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zu ZP 6, ZP 7, ZP 8 der 48. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Dezember 2025 zur 2./3. Lesung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten, des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge und zur Änderung anderer Gesetze sowie des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rentenalter

Den vorliegenden Gesetzentwürfen der Bundesregierung

- zur Stabilisierung des Rentenniveaus,
- zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge und
- zur steuerlichen Förderung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rentenalter

stimme ich zu.

Gleichzeitig halte ich es für unabdingbar, umfassende Reformen unseres Alterssicherungssystems anzustoßen. Die jetzt vorgelegten gesetzgeberischen Initiativen sind ein Schritt auf diesem Weg. Gerade die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge und die steuerliche Förderung von Arbeitsaufnahmen jenseits des gesetzlichen Rentenalters stärken das Fundament unseres Alterssicherungssystems.

Beide Elemente erfordern in absehbarer Zeit Ergänzungen, insbesondere was die Kapitaldeckung der Altersvorsorge betrifft. Dies muss Teil der Regierungs- und Parlamentsberatungen in den kommenden Monaten sein. Abgesehen von den genannten Maßnahmen halte ich die Stabilisierung des Rentenniveaus für notwendig, da die bisher geltende Regelung Ende des Jahres



ausläuft. Ohne eine entsprechende Folgeregelung würde es durch das Auslaufen der Haltelinie und der ab 2026 verpflichtend anzuwendenden Rentenanpassungsformel zu einem sinkenden Rentenniveau kommen.

Diese Entwicklung könnte ich mit Blick auf die Situation von Rentnerinnen und Rentnern in Thüringen nicht verantworten. Angesichts des demografischen Wandels und der erfreulicherweise allgemein steigenden Lebenserwartung führt aber aus meiner Sicht kein Weg an grundsätzlichen Reformen bei der gesetzlichen Rente vorbei.

Der vermeintliche Lösungsweg zur Sicherung des Rentenniveaus darf nicht darin bestehen, den bereits heute notwendigen dreistelligen Milliardenbetrag aus Steuermitteln beständig anzuheben oder die Rentenversicherungsbeiträge zu erhöhen. Wir dürfen weder den nachfolgenden Generationen weitere Schulden auferlegen noch darf die Handlungsfähigkeit des Bundes durch eine zunehmende Steuermittelverwendung für die Rentenzahlungen weiter eingeschränkt werden. Wir benötigen Investitionsmittel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und dürfen nicht den Fehler machen, Finanzmittel allein für konsumtive oder soziale Ausgaben zu Verfügung zu stellen.

Meine heutige Zustimmung ist mit der Erwartung verknüpft, dass die von der Bundesregierung angekündigten Veränderungen zeitnah in Maßnahmenvorschlägen zur Gewährleistung eines auskömmlichen Versorgungsniveaus im Alter bei gleichzeitiger Wiedereinführung des Nachhaltigkeitsfaktors münden. Ich setze auf eine Rentenkommission, die noch in dieser Legislatur tragfähige Vorschläge erarbeitet, die zu politischen Entscheidungen führen. Die Renten können angesichts der demografischen Entwicklung zukünftig nicht im Gleichklang mit den Löhnen steigen, wenn wir immer höhere Steuerzuschüsse vermeiden wollen. Die entsprechenden Beschlüsse müssen dabei noch in dieser Legislaturperiode getroffen werden, um finanzielle Handlungsspielräume unseres Staates in der Zukunft zu erhalten.

David Gregosz MdB